

DENIZ DIREKT

Newsletter für Delmenhorst

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung habe ich in der vergangenen Woche an einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Ist unsere Demokratie in Gefahr? Rechtsextremistische und rechtspopulistische Tendenzen als Herausforderung für Staat und Zivilgesellschaft“ in der Markthalle in Delmenhorst teilgenommen. Nach einer inhaltlichen Einführung durch den Soziologen Andreas Kemper diskutierte ich gemeinsam mit Jürgen Schulenberg (Breites Bündnis gegen Rechts), Saskia Kamp (Diakonie) und Martin Göske (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus). Ich machte



deutlich, wie froh ich bin, dass wir eine gut funktionierende Demokratie haben. Wir dürfen diese aber nicht als Selbstverständlichkeit ansehen und sind daher alle gefragt, diese vor Populisten und Extremisten zu verteidigen!

Mit dem Arbeitskreis Verbraucherschutz der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag war ich gemeinsam in Brüssel. Anlässlich des Welternährungstages haben wir bei der EU-Kommission über **aktuelle Pläne zur EU-Lebensmittelpolitik** diskutiert. Um die Verschwendung von Nahrung zu reduzieren, sollen beispielsweise gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten klare Leitlinien für Lebensmittelspenden definiert werden. Damit soll es möglich sein auch Lebensmittel, bei denen das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) überschritten ist, noch spenden zu können. Das MHD ist mehr als ein Qualitätsmerkmal zu verstehen und kein besonders guter Anhaltspunkt dafür, ob ein Produkt noch genießbar ist oder nicht. Außerdem machten wir deutlich, von welcher wichtiger Bedeutung es ist, dass Nahrungsmittel transparent gekennzeichnet werden müssen. Die Verbraucher haben ein Recht zu wissen, was in ihrem Essen steckt!



DENIZ DIREKT

Newsletter für Delmenhorst

In der vergangenen Plenarwoche hatten wir wieder ein vielfältiges Programm auf der Tagesordnung. Besonders gefreut habe ich mich



unseren **Oberbürgermeister Axel Jahnz** in Hannover zu treffen. Neben einem Gespräch blieb auch noch Zeit um ein gemeinsames Bild im Plenum zu machen.

Eine wichtige Entscheidung für unsere Stadt hat der Landtag am Mittwochvormittag

beschlossen: **Das Niedersächsische Krankenhausgesetz wurde geändert.** Neben der Einführung von Arzneimittelkommissionen und Meldesystemen werden die Krankenhäuser verpflichtet, regelmäßig Analysen und Untersuchungen zu auffälligen Behandlungsmethoden durchzuführen. Mit dem Gesetz sollen Fälle wie die des Nils Högels in Oldenburg und Delmenhorst verhindert werden. Eine solche Mordserie darf sich nie wiederholen!

Für die Verbesserung der Sicherheit für den Rad- und Fußverkehr hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, **Abbiegeassistenzsysteme für LKWs und Nutzfahrzeuge** von mehr als 3,5 Tonnen verpflichtend zu machen. Die innerörtlichen Abbiegeunfälle können mit derartigen Systemen verhindert werden. Im Zweifel rettet dies Leben!

Betreuungsvereine unterstützen Bürgerinnen und Bürger, die ihre Rechtsangelegenheiten nicht mehr alleine regeln können. Für ihre Arbeit erhalten sie nun eine Aufstockung der

Landesmittel. Außerdem wollen wir uns gegenüber dem Bund - anknüpfend an die vom Bund initiierte Untersuchung - für eine **Erhöhung der Berufsbetreuervergütung** einsetzen. Die heute geltenden Sätze wurden 2005 festgelegt. Mit dem Antrag stärken wir das Betreuungsangebot in Niedersachsen insgesamt, da durch eine Anpassung der Vergütung die Angebote von Berufsbetreuern und Betreuungsvereinen gleichermaßen gestärkt werden.

Auch in dieser Woche habe ich wieder eine **Rede vor dem Plenum** des Landtages gehalten. Anlass war ein Antrag der AfD-Fraktion, der übrigens im Wortlaut von einer CDU-Anfrage aus dem baden-württembergischen Landtag abgeschrieben war. Sie forderten den **Linksextremismus als Gefahr** anzusehen und ein eigenes Landesprogramm gegen Links einzurichten. In meinem Redebeitrag machte ich deutlich, dass wir gegen alle Formen des Extre-



mismus kämpfen müssen. Politik darf weder auf dem linken, noch auf dem rechten Auge blind sein. Ich habe aber auch klargestellt, dass die niedersächsischen Sicherheitsbehörden bereits aktuell alle extremistischen Formen entschieden bekämpfen. Meine Auffassung ist, dass die effektivste Form gegen den Extremismus die Prävention ist. Dafür muss das Land genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen!